

Schweizerische Vereinigung Eltern *gegen* Drogen

Postfach 8302
3001 Bern
eltern_g_drogen@bluewin.ch
www.elterngegendrogen.ch
PC 30-7945-2

Bern, 3. August 2010

Besuchen Sie unsere Website:
www.elterngegendrogen.ch

MEDIENMITTEILUNG

Aufruf zur Absetzung der sogenannten Drogen-Expertengruppe des Bundesrates

Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen hofft, **dass VertreterInnen aller Parteien des Nationalen Parlamentes eine sofortige Absetzung der vom Bundesrat beauftragten, sogenannten Drogen-Expertengruppe verlangen.** Diese „Fachleute“ fordern einerseits Straffreiheit für den Konsum aller Drogen und andererseits, dass der Staat die Herstellung und den Handel von Suchtmitteln übernehmen soll. Damit missachten sie sträflich den Volkswillen bei den drogenpolitischen Abstimmungen von 2008, aber auch die weltweiten Abkommen im Drogenbereich. Sie ignorieren nicht nur die klare Meinung der Schweizer Bevölkerung, sondern **missachten mit ihrer ideologisch motivierten Drogenpolitik den Artikel 1 im revidierten Betäubungsmittelgesetz, nämlich die Zielsetzung der Abstinenz.** Es darf nicht sein, dass alle Suchtmittel wie Heroin, Cannabis, Kokain vom Staat auf Kosten der Grundversicherung der Krankenkassen abgegeben werden, da die Nichtbehandlung der Drogensucht zu kaum zu bewältigenden Problemen wie jahrelange Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit vom Sozialamt oder der IV, aber auch zu psychotischem, gewalttätigem Verhalten führt. Würde die Schweiz wie von den „Experten“ vorgeschlagen, Drogensüchtige mit den gewünschten Drogen versorgen, wäre dies weltweit einmalig und würde eine riesige Sogwirkung auf ausländische Drogendealerbanden ausüben. Der polizeiliche Kampf gegen den Drogenhandel würde damit verunmöglicht und die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet.

Wir wollen eine sofortige Umsetzung des Betäubungsmittelgesetzes, damit unsere Jugend vor gesundheitsschädigendem, rauscherzeugendem und abhängig machendem Suchtmittelkonsum geschützt und drogenabhängige Menschen bei einer Neuorientierung in der Drogenfreiheit unterstützt werden können.